

Antrag 98/I/2026

ASG Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: FA IX - Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (Konsens)

Umsetzung der WHO-Empfehlungen zur Prävention nicht-übertragbarer Krankheiten im EURO-Raum – Prävention verbindlich stärken

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Empfehlungen
2 der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für den eu-
3 ropäischen Raum (WHO EURO) zur Prävention nicht-
4 übertragbarer Krankheiten in Deutschland konsequent
5 und verbindlich umgesetzt werden.

6

7 Hierzu fordert die SPD insbesondere:

8

9 1. Prävention als verbindliche staatliche Aufgabe zu stär-
10 ken, indem klare, überprüfbare Präventionsziele festge-
11 legt und ressortübergreifend umgesetzt werden (Health-
12 in-All-Policies-Ansatz).

13 2. Wirksame fiskalische Präventionsmaßnahmen umzu-
14 setzen, insbesondere

- 15 • eine deutliche Erhöhung der Tabaksteuer (ein-
16 schließlich neuer Nikotinprodukte) und Alkohol-
17 steuer,
- 18 • Einführung einer Herstellerabgabe bzw. Zuckersteuer
19 auf zuckergesüßte Getränke,
- 20 • eine regelmäßige, inflationsangepasste Dynamisie-
21 rung der Tabak- und Alkoholsteuer,
- 22 • sowie die konsequente Zweckbindung eines Teils
23 der Mehreinnahmen für Prävention und Gesund-
24 heitsförderung.

25 3. Verhältnisprävention gegenüber rein individueller Ver-
26 haltensprävention zu priorisieren, z. B. durch strengere
27 Regulierung gesundheitsschädlicher Produkte, Werbebe-
28 schränkungen und strukturelle Maßnahmen zum Schutz
29 von Kindern und Jugendlichen.

30 4. Die Umsetzung der WHO-„Best Buys“ im Bereich Pu-
31 blic Health (u. a. Tabakkontrolle, Alkoholprävention, Zu-
32 ckersteuer, gesunde Ernährung, Bewegung) verbindlich in
33 nationale Strategien und Gesetzgebung zu integrieren.

34 5. Die Transparenz und Erfolgskontrolle von Präventions-
35 maßnahmen zu verbessern, a. durch regelmäßige Bericht-
36 erstattung anhand international vergleichbarer Indikato-
37 ren.

38 6. Das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit (BIÖG)
39 über den Bundeshaushalt gesichert zu finanzieren, insbe-
40 sondere zur Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdiens-
41 tes (ÖGD).

42

43 Begründung

44 Nicht-übertragbare Krankheiten wie Herz-Kreislauf-
45 Erkrankungen, Krebs, Diabetes und chronische Lungen-
46 erkrankungen sind die Hauptursache für Krankheitslast

47 und vorzeitige Sterblichkeit in Deutschland. Die WHO
48 weist seit Jahren darauf hin, dass wirksame Prävention
49 möglich, kosteneffizient und gesellschaftlich notwendig
50 ist. Ein aktueller Bericht von AOK-Bundesverband und
51 Deutschem Krebsforschungszentrum (DKFZ) zum Public
52 Health Index (PHI)[1]¹ zeigt jedoch, dass Deutschland
53 im europäischen Vergleich bei der Präventionspolitik
54 nur auf einem der letzten Plätze liegt. Dies macht deut-
55 lich: Gute medizinische Versorgung allein reicht nicht
56 aus – Deutschland hat erheblichen Nachholbedarf bei
57 struktureller und politischer Prävention. Besonders die
58 Tabakkontrolle gilt international als eine der effektiv-
59 sten Präventionsmaßnahmen. Länder mit konsequenter
60 Steuer- und Regulierungspolitik erzielen deutlich bes-
61 sere gesundheitliche Ergebnisse. Die WHO empfiehlt
62 ausdrücklich höhere Verbrauchsteuern als zentrales
63 Instrument zum Schutz der Bevölkerung, insbesondere
64 junger Menschen. Als Sozialdemokratie tragen wir eine
65 besondere Verantwortung, gesundheitliche Chancen-
66 gleichheit zu fördern. Verbindliche Prävention schützt
67 nicht nur die Gesundheit, sondern entlastet langfristig
68 das Gesundheitssystem und stärkt soziale Gerechtig-
69 keit. Die SPD muss deshalb Prävention stärker politisch
70 priorisieren, konsequent an internationalen Standards
71 ausrichten und endlich verbindlich umsetzen.
72 [1]² https://www.dkfz.de/fileadmin/user_upload/Krebs-
73 [praevention/Download/pdf/Buecher_und_Berich-](https://www.dkfz.de/fileadmin/user_upload/Krebs-)
74 [te/2025_Public-Health-Index.pdf](https://www.dkfz.de/fileadmin/user_upload/Krebs-)³

¹#_ftn1